

Angesichts der geschilderten Zustände sollten Sie als "KundIn" die folgenden Punkte unbedingt beachten:

- Gehen Sie nicht alleine zur Agentur. Sie haben das Recht auf eine Begleitung, die man Ihnen nicht verwehren darf (Beistand: Art. 13 Sozialgesetzbuch X). Die Anwesenheit eines Zeugen wirkt oftmals Wunder!
- Machen Sie Kopien aller Unterlagen, die Sie abgeben, lassen Sie sich die Abgabe auf den Kopien bestätigen. Dadurch wird verhindert, dass das Jobcenter einfach behaupten kann, es habe Ihre Unterlagen nie erhalten.
- Warten Sie nicht länger als 1 Monat auf Bescheide – danach sollten Sie energisch nachfragen und eine Frist von 2 Wochen setzen. Danach können Sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde stellen, mit 2 Wochen Frist und der Ankündigung einer Klage beim Sozialgericht. Einen Beratungsschein zur Beratung beim Anwalt erhalten Sie kostenlos beim Amtsgericht.
- Machen Sie Fälle negativer Behandlungen und skandalöser Vorgänge publik, z.B. mit der FAU zusammen (siehe unten).
- Prüfen Sie besonders die Berechnung eines Bescheides (z.B. bezüglich Alleinerziehungszuschlag); erst recht im negativen Fall (mit Hilfe einer Beratungsstelle). Neben Widerspruch können Sie auch die Überprüfung eines ungünstigen Bescheides beantragen
- Solidarisieren Sie sich mit anderen Erwerbslosen. Wir sitzen alle im selben Boot! Engagieren Sie sich in Erwerbslosen- und Anti-Hartz-Initiativen.
- Nehmen Sie Ein-Euro-Jobs nicht unhinterfragt hin. Ein-Euro-Jobs (MAE-Maßnahmen) stehen zahlreichen anderen Maßnahmen nach. Zudem muss das Jobcenter vor Antritt einer MAE bestimmte Punkte eindeutig und verbindlich festlegen. Dazu zählen Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit und arbeitsmarktpolitischer Sinn, Inhalte der Arbeit, genaue wöchentliche Arbeitszeit und -verteilung, Höhe der Aufwandsentschädigung und Dauer der Maßnahme. Eine "Eingliederungsvereinbarung" muss vorausgehen.
- Der "Eingliederungsvereinbarung" müssen ein "Profiling" der besonderen Berufsfähigkeiten und ein intensives Beratungsgespräch vorangehen. Verlangen Sie Bedenkzeit (zur Beratung)!
- Nicht gleich einschüchtern lassen bei Aufforderung, Unterkunftskosten zusenken! Notruf der Kampagne gegen Zwangsumzüge: 0800-2727278 (kostenfrei).



## ... in der Warteschleife



... von Arbeitslosigkeit,  
dem Stress und einer Idee vom Widerstand

**FAU**  **IAA**

## Warteschleife

Kennen Sie das auch? Beim Arbeitsamtsbesuch werden sie hin und hergeschickt, weil angeblich irgendwelche Papiere fehlen, die sie längst eingereicht haben.

Oder: Sie haben einen Antrag gestellt und die Bearbeitung lässt ewig auf sich warten, während sie sich mit ihrem Anspruch keine Schrippen kaufen können.

Ist es Ihnen schon passiert, ihr „Kundenbetreuer“ sie falsch über ihre Rechte informiert hat und ihnen dadurch Nachteile entstanden sind?

Hatten Sie schonmal netten Besuch von Arbeitsamt, wobei Sie mit Fragen nach Ihrem Freund oder Freundin konfrontiert wurden?

Wenn Ihnen nichts von alledem bekannt vorkommt, haben Sie Glück gehabt.

## Die Sache hat System

Durch die Einführung von Hartz IV hat sich die Situation vieler Erwerbsloser deutlich verschlechtert. Nicht genug damit, dass es weniger Geld gibt (der Staat hat entgegen anderslautender Behauptungen eine Menge gespart) – hinzu kommen Kampagnen gegen angebliche Schmarotzer und Drückeberger die „nur mal Haarschneiden und sich rasieren“ müssten.

Der Sinn dieses Drucks liegt auf der Hand: Erwerbslose sollen dazu genötigt werden, jeden Drecksjob anzunehmen. Damit wird Druck auf die noch Beschäftigten und deren Löhne ausgeübt. Zugleich wird Konkurrenzdenken und Entsolidarisierung gefördert, die allen schadet – außer den Unternehmern. Dies drückt sich in seit Jahren sinkenden Reallöhnen bei ebenfalls seit Jahren steigenden Unternehmensgewinnen aus.

## Dabei könnte es so schön sein...

Die Produktivität steigt und steigt – immer mehr Güter werden mit immer weniger Einsatz von Arbeitskraft produziert. Doch statt daß die Arbeitszeit reduziert wird, schuften sich die Einen kaputt, die Anderen haben zu wenig Geld um das Produzierte zu genießen.

Doch was passiert? Die Regierung führt die Rente mit 67 Jahren ein, was die Absurdität noch steigert. Betrachtet man das alles, gewinnt man den Eindruck, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Probleme zum Wohle aller anzugehen – dann das ausserhalb seiner Logik. Ganz offensichtlich werden die Bedürfnisse vieler, wenn nicht der meisten Menschen, den Interessen „der Wirtschaft“, den Interessen der Kapitalvermehrung geopfert. Im Namen der heiligen Wirtschaft sollen wir verzichten lernen: Auf Lohn, Arbeitslosengeld, Lebensplanung – kurzum auf Dinge, die irgenwann mal von sowas wie ArbeiterInnenbewegung erkämpft wurden. Auf der ganzen Welt wird erzählt, der Lohn sei zu hoch und der Standort bedroht. Diesem Wahnsinn muss etwas entgegengesetzt werden:

## Solidarität!

Wir möchten dem Gegeneinanderauspielen von Erwerbstätigen gegen Erwerbslose, ArbeiterInnen mit gegen ArbeiterInnen ohne Arbeitsvertrag und umgekehrt oder ArbeiterInnen mit oder ohne deutschen Pass.... etwas entgegensetzen: Solidarität.

Das fängt z.B. damit an, dass wir uns bei Problemen mit dem Arbeitsamt gegenseitig beraten. Oder bei der Annahme von 1 Euro-Jobs zu hinterfragen, ob nicht ein regulärer Arbeitsplatz dadurch ersetzt wird. Diese Form Selbstorganisation ist zum Glück bei vielen Menschen Alltag.

Wir möchten solche Formen von Solidariät pflegen und ausbauen.

Aber wir möchten auch weitergehen. Denn nur wenn wir uns kontinuierlich zusammensetzen und organisieren, können wir der Hetze, der Erniedrigung und weiterem Sozialabbau wirklich etwas entgegensetzen.

Zwar scheint die Zeit der massenhaften Proteste und großen Demonstrationen seit der Niederlage der Anti-HartzIV-Bewegung erstmal vorbei zu sein. Das ändert aber nichts daran, dass die Situation als Erwerbsloser um so schlechter ist, je vereinzelter und ausgelieferter man als Betroffene oder Betroffener ist. Und das Proteste und Revolten durchaus etwas bewirken können, zeigt ein Blick über den Tellerrand. So konnten in Frankreich im letzten Frühjahr einige den Sozialabbau vorantreibende Gesetze (CPE) durch massive Proteste, Streiks und Blockaden verhindert werden.

Wir sollten auch hierzulande wieder mehr soziale Proteste organisieren, sei es gegen eine „Gesundheitsreform“ auf Kosten der GeringverdienerInnen, z.B. gegen die Mehrwertsteuererhöhung, die Geringverdiener und Erwerbslose am härtesten trifft, oder gegen die jüngsten Vorschläge, selbst HartzIV nochmals zu kürzen oder auch gegen die alltäglichen Schikanen auf dem Amt. Denn: Uns wird hier nichts geschenkt – wir kriegen nur, wofür wir kämpfen!

Wir, die Gewerkschaftsinitiative FAU haben schonmal angefangen uns selbst zu organisieren. Wir tun dies basisdemokratisch ohne Funktionäre, weil wir selbst am besten wissen wie wir in Jobs ausgebeutet, oder auf den Ämtern verarscht werden, und wie wir uns dagegen wehren können.

Die FAU erreichst unter:

